

RS OGH 2000/7/13 6Ob114/00h, 6Ob258/11a, 6Ob193/17a, 4Ob34/21k

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 13.07.2000

Norm

ABGB §1330 Abs1 A

ABGB §1330 Abs2 BII

RAO §9 Abs1

Rechtssatz

Ehrenrührige unrichtige Tatsachenbehauptungen, die ein Rechtsanwalt über einen Prozessgegner seines Mandanten in einer Pressekonferenz aufstellt, unterliegen nicht dem Rechtfertigungsgrund des § 9 RAO.

Entscheidungstexte

- 6 Ob 114/00h
Entscheidungstext OGH 13.07.2000 6 Ob 114/00h
Veröff: SZ 73/117
- 6 Ob 258/11a
Entscheidungstext OGH 12.01.2012 6 Ob 258/11a
Auch; Beisatz: Pressekonferenzen wie überhaupt mediale Ereignisse sind regelmäßig kein geeignetes Forum, Rechtsstandpunkte gegenüber einem Verfahrensgegner durchzusetzen. (T1)
- 6 Ob 193/17a
Entscheidungstext OGH 21.12.2017 6 Ob 193/17a
Beis wie T1; Beisatz: Ansonsten können Einschränkungen der Meinungsäußerungsfreiheit eines Rechtsanwalts grundsätzlich nur in Ausnahmefällen als notwendig angesehen werden. (T2)
- 4 Ob 34/21k
Entscheidungstext OGH 15.03.2021 4 Ob 34/21k
Beisatz: Hier: Keine krasse Fehlbeurteilung, wenn Vorinstanzen die Werbung eines Rechtsanwalts mit einer „schlagkräftigen medialen Durchsetzung“ für zulässig erachteten. (T3)

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2000:RS0114012

Im RIS seit

12.08.2000

Zuletzt aktualisiert am

01.06.2021

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at